Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1922 Nr. 67 — Jahrgang 215

Bezugspreis: monatlich Mk. 12.— ohne Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Donnerstag, 9. Februar

Anzeigenpreis: Die 8gesp. Petitzeile 4 mm breit mindestens 1.20 M. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Zeile mindestens 5.00 M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Das Finale

Die Deutschnationalen gegen die schwache Regierung — Verteuerte Lebensmittel in Berlin — Aenderungen in der Reichsgewerkschaft

Der Reichskanzler hat es abgelehnt, in der für gestern angesetzten Sitzung des Reichstages zu der durch den Streik geschaffenen Lage Erklärungen abzugeben. Infolgedessen mußte die Sitzung unterbleiben. Die deutschnationale Fraktion hat Veranlassung genommen, ihre Stellungnahme der Reichsregierung wie folgt zur Kenntnis zu bringen:

Der Streik der Eisenbahnbeamten bedeutet ein Verbrechen am deutschen Volke von weittragendsten wirtschaftlichen und politischen Folgen. Die daran beteiligten Beamten haben ihre öffentlich rechtlichen Pflichten verletzt und die Stellung des gesamten Berufsbeamtentums dadurch aufs schwerste bloßgestellt. Die Regierung hat gegen den Streik zunächst Maßnahmen angekündigt und ergriffen, die gebilligt werden können. Allerdings kann von einer Regierung, in der die Sozialdemokratie maßgebenden Einfluß hat, nicht erwartet werden, daß sie bei dem Versuche, einem Streik der Beamten entgegenzutreten, die nötige Autorität hinter sich habe.

Wenn wir trotzdem zunächst auf Grund der Schritte der Regierung eine abwartende Haltung einnehmen konnten, so muß die weitere Entwicklung zu den ernstesten Besorgnissen Anlaß geben, seitdem sich die Befürchtung, daß die Regierung ihren ursprünglichen Standpunkt nicht festhalten wird, mehr und mehr als begründet herausstellt. Wenn die Festnahme der verantwortlichen Streikführer nicht hat durchgeführt werden können oder nicht aufrechterhalten worden ist, wenn Unsicherheit darüber entstehen konnte, ob die in Aussicht gestellten disziplinarischen Maßregeln gegen die streikenden Beamten zur Durchführung gelangen werden, wenn mit der Reichsgewerkschaft entgegen der ursprünglichen Ablehnung auf indirektem Wege in Verhandlungen eingetreten wird, so müssen wir in einem solchen Verhalten der Regierung Zeichen der Schwäche erblicken, die verhängnisvoll werden müssen. Wir richten daher an die Regierung die dringende Aufforderung, den Streik der Eisenbahnbeamten durch unbeugsame Festigkeit zu ergebnislosem Zusammenbruch zu bringen.

Die gerechte Sühne des von den Streikenden begangenen Unrechts darf durch Zugeständnisse nicht verhindert werden. Diejenigen pflichttreuen Beamten und Arbeiter, welche die Beteiligung am Streik abgelehnt und ihre Dienste weiter zur Verfügung gestellt haben, müssen endlich die Sicherheit vollen Schutzes für Gegenwart und Zukunft erhalten. Allein eine feste, unbeugsame Haltung der Regierung ist geeignet, den Streik alsbald zum Erliegen zu bringen. Daß das geschieht, ist um so notwendiger, als das Elend, das dieser Streik im Zusammenhang mit dem ebenso unverantwortlichen Streik der Berliner städtischen Arbeiter über das deutsche Volk gebracht hat, von unabsehbarer Größe ist und daß die Streikbewegung in Ermangelung sachlicher Gründe auf gewaltsame Umsturzbestrebungen zurückgeführt werden muß. Die Regierung mag sich bewußt sein, daß sie durch falsche Nachgiebigkeit jede wirksame Bekämpfung ähnlicher Streiks für die Zukunft unmöglich macht. Die volle Verantwortung für alles daraus entstehende Unheil würde sie vor dem deutschen Volke zu tragen haben.

Umgestaltung der Reichsgewerkschaft

Die „Zeit" meldet: In der Reichsgewerkschaft werden nicht unwesentliche Veränderungen erwartet. Einer der jetzigen Führer, der Lokomotivführer Scharfschwerdt, ist bereits aus dem Dienst entlassen. Gegen andere Mitglieder schweben Disziplinarverfahren. Auch sonst haben sich die Gegensätze in der Eisenbahnergewerkschaft derart zugespitzt, daß eine Zusammenarbeit des bisherigen Vorstandes nicht mehr möglich ist. Selbst unter den Lokomotivführern besteht der Wunsch, eine andere Vertretung ihrer Interessen zu schaffen. — Eine Generalversammlung und Neuwahlen dürften bevorstehen.

Der städtische Streik in Berlin beendet

Am 8. Februar, nachmittags gegen 4 Uhr, erschien die Streikleitung mit den Spitzenorganisationen der städtischen Arbeiterschaft beim Oberbürgermeister, um von ihm die Erklärung zu erlangen, daß sämtliche Entlassenen wieder einzustellen seien, sofern sie sich morgen zur Wiederaufnahme der Arbeit melden. Diesem Vorschlag konnte nicht entsprochen werden. Der Oberbürgermeister erklärte, der Magistrat müsse dabei beharren, daß alle diejenigen nunmehr entlassen seien, die am Dienstag nachmittag 2 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen haben. Wieder angestellt könnten nur solche Kräfte werden, deren Arbeitsstellen inzwischen nicht besetzt oder für die ein Bedarf noch vorhanden sei. Der Magistrat würde im übrigen vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung solchen entlassenen Arbeitern, die zur Wiederanstellung kommen, keine Rechte kürzen, die sie aus ihrem vor der Entlassung liegenden Arbeitsverhältnis erworben haben. Der Oberbürgermeister wies schließlich die Erschienenen darauf hin, daß der Magistrat fest bei seiner bisherigen Haltung verbleiben werde. Er gab nochmals zu bedenken, daß, je länger der jetzige Zustand bestehen bleibe, desto mehr sich die Zahl der Neuanstellungen erhöhe. Um 8 Uhr abends wurde bekannt, daß die Streikleitung und die Obleute beschlossen haben, den Streik abzubrechen und die Arbeit wiederaufzunehmen. Der Magistrat wird sich morgen in außerordentlicher Sitzung mit den erforderlichen Maßnahmen beschäftigen.

*

Die Berliner Abendblätter melden, daß infolge des Streiks die Lebensmittelpreise, vor allem die Fleischpreise besorgniserregend stiegen. Kartoffeln gibt es nicht mehr. Die Brotversorgung erscheint gefährdet. Einzelne Bäckereien haben bereits geschlossen. Die Jagd nach Petroleum ist in vollem Gange. Die Markthallen werden wegen Lichtmangels um 1 Uhr mittags geschlossen. Dankbar erkennt man an, daß durch die Hilfe der technischen Nothilfe wenigstens die Wasserzufuhr gesichert ist.

Schreckensszenen auf einem Berliner Bahnhof

Am Montag sammelten sich etwa 2000 Personen auf dem Potsdamer Bahnhof an. Nachdem sie etwa 2 Stunden in der Vorhalle gestanden hatten, bemerkten sie gegen 5 Uhr in ziemlich weiter Entfernung aufsteigenden Rauch. In der Annahme, daß sich der von ihnen sehnlichst erwartete Zug nähere, stürzten sie blindlings auf den Bahnsteig, nachdem sie die Barriere überkletteret hatten. Dabei kam es zu fürchterlichen Szenen. Zahlreiche Frauen und Kinder wurden zu Boden geworfen und wären unfehlbar zertreten worden, wenn nicht die Schutzpolizei zur rechten Zeit eingegriffen hätte. Diese säuberte mit vieler Mühe den Bahnsteig, wobei vier Personen, die heftigen Widerstand leisteten, festgenommen werden mußten.

Die Lage in der Provinz

Magdeburg, 8. Februar.

Der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden zu Magdeburg teilt mit: Die Streikgefahr der städtischen Arbeiter ist augenblicklich beseitigt. Zu dem Schiedsspruch des Zentralausschusses für Arbeitertarifsachen der Gemeinden und Gemeindeverbände zu Berlin betreffend die Lohnfestsetzung der städtischen Arbeiter Mitteldeutschlands werden am Sonnabend, den 11. Februar, die Mitglieder des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes der Kreise und Gemeinden in einer Versammlung im Rathause zu Magdeburg Stellung nehmen. In Halberstadt ist ein wilder Streik der Gemeindearbeiter ausgebrochen. Die Vermittlungstätigkeit der vertragschließenden Organisation hat eingesetzt. Die Belegschaften des Elektrizitätswerkes zu Halle standen kurz vor dem Streik, der durch Vermittlung des Arbeitgeberverbandes beigelegt werden konnte.

Das Antialkoholgesetz

Ein Entwurf zur Verminderung der Gastwirtschaften.

Dem Reichstage ist ein Entwurf gegen den Alkoholmißbrauch versprochen worden, dieser Entwurf ist auch jetzt fertiggestellt, er bekämpft aber nicht den Alkohol, sondern seine Ausschanfstätten, die Gastwirtschaften. Die Regierung scheint der Meinung zu sein, der Alkoholverbrauch werde zurückgehen, wenn man dem Volke die Möglichkeit nimmt, ihn zu verzehren und so will der neue Entwurf, der dem Reichstage demnächst zugehen soll, die Zahl der Gastwirtschaften aller Art (Wein-, Bier-Restaurants, Dielen, Likörstuben) einschränken. Neue Schankstätten sollen nicht konzessioniert, bestehende erheblich vermindert werden. Maßgebend ist die Bedürfnisfrage. Der Entwurf soll den Gastwirten nicht schaden, er soll aber unlautere Elemente von der Eröffnung neuer Gastwirtschaften abhalten. In Zukunft muß jede bestehende Gastwirtschaft, hierunter wird alles verstanden, was Alkohol in einer Form ausschenkt, nachweisen, daß eine Bedürfnisfrage für ihr Bestehen vorliegt. Bei bestehenden Gaststätten wird man eine Uebergangszeit schaffen, gehen diese aber in andere Hände über, so wird sofort die Bedürfnisfrage geprüft. Neue Konzessionen sollen möglichst nicht erteilt werden. Ob ein Bedürfnis vorliegt, entscheidet die Aufsichtsbehörde in allen Fällen. Hierbei sind Gutachten der Gemeinden, Wohlfahrts- und Wohnungsämter einzuholen. Man geht sogar noch weiter, daß man Konzessionen an Gemeinden und gemeinnützige Genossenschaften mit Vorrang behandeln will, um die Gewinne der Allgemeinheit zuzuführen. — Der Entwurf wird zweifellos zahlreiche Gegner in den beteiligten Kreisen finden.

Stinnes über Rathenau

Die „Frankfurter Zeitung" hatte sich von ihrem Berichterstatter aus London melden lassen, daß Herr Stinnes dort den Vorschlag gemacht habe, die deutschen Bahnen, nachdem diese in seinen Besitz übergegangen wären, England zu verpfänden und dafür von England die fällige Januarrate von 500 Millionen Goldmark zu erhalten, um sie dann dem Deutschen Reiche zur Verfügung zu stellen. Nachdem die „Deutsche Allg. Ztg." bereits die ganze Meldung von Anfang bis zu Ende als erlogen bezeichnet hatte, nimmt nun auch Herr Stinnes selbst in einem vom 4. Februar datierten Briefe an die „Frankfurter Zeitung" das Wort:

„In dem Abendblatt vom 2. d. M. richten Sie die Aufforderung an mich, persönlich zu den Aeußerungen Ihres Londoner Korrespondenten und den Auseinandersetzungen zwischen Ihnen und der „D. A. Z." Stellung zu nehmen.

Das soll hiermit geschehen.

Ich bin nach London gefahren, nachdem ich als Privatmann von englischer Seite darum gebeten worden war. Die „D. A. Z." hat recht, daß die Berichte Ihres Londoner Korrespondenten falsch sind, ebenso wie seine Angaben über die angebliche englische Auffassung von den Gesprächen, die ich in London zu führen Veranlassung hatte, und die von Ihnen ebenfalls falsch wiedergegeben sind.

Die in Betracht kommenden Personen haben sich bestimmt zu Ihrem Korrespondenten weder direkt noch indirekt geäußert, gerade so wie ich meinerseits geschwiegen habe. Diese Tatsache dürfte zur Kennzeichnung des Wertes Ihrer Veröffentlichung genügen.

Ich lehne es nach wie vor ab, mich über Privatgespräche zu äußern, für die Vertraulichkeit vereinbart war und beiderseits gehalten worden ist.

Vergegenwärtigt man sich diese Sachlage, so kann der Leser, der die Vorgänge insbesondere der letzten zwei Monate beobachtet hat, nicht zweifeln, daß es sich bei Ihrem Londoner Korrespondenten um Meinungen handelt „made in Germany", und daß in gewissen Kreisen in Berlin, Frankfurt und anderwärts ein systematischer Feldzug mit dem Ziele geführt wird, diejenigen dem deutschen Volk als unpolitisch und im Ausland verhandlungsunfähig hinzustellen, welche diesen gefährlichen Kreisen unabhängig und unbeeinflußbar gegenüber stehen. Dieses falsche Spiel wird mehr und mehr im In- und Ausland durchschaut werden.

Die Ministerschaft des Herrn Dr. Walther Rathenau hat mit diesen Dingen im Grunde nichts zu tun, auch wenn die oben erwähnten Kreise ihn zum Gegenstand uneingeschränkter Verunderung machen.

Mit den Methoden und Wegen des Herrn Rathenau ist die Mehrheit des deutschen Wirtschaftslebens von jeher nicht einverstanden gewesen. Daß die deutsche Wirtschaft aber urteilslos war und ist, wird niemand behaupten, denn nur die deutsche Wirtschaft ist bis jetzt nicht in den allgemeinen Zusammenbruch hineingerissen worden. Die geistige Bedeutung Dr. Rathenaus kann nicht bestritten werden, wenn man auch einen Ministerposten für einen Mann seiner Stellung und Art als ungeeignet ansehen mag.

Als Wiederaufbauminister hat er nahezu kritiklos wirken können. Als er als Ergebnis seiner Arbeit den Vertrag von Wiesbaden produzierte, ist dieser Vertrag bekämpft worden, da er kein Vertrag, sondern eine gefährliche Option zugunsten Frankreichs ist. Uebrigens wird dieser Vertrag, wie geschlossen, nie Wirklichkeit werden.

Dem Außenminister Rathenau wünscht jeder Deutsche im Interesse des Vaterlandes größtmöglichen „wirklichen" Erfolg, so ablehnend und bedenklich sich weite einsichtsvolle Kreise der Ernennung gegenüber auch verhalten mögen.

Die Frage der Ernennung dieser Persönlichkeit tritt zurzeit ganz hinter der Frage zurück, wie man es als zulässig erachten konnte, daß entgegen den getroffenen Vereinbarungen am Status des jetzigen Kabinetts überhaupt etwas geändert werden konnte.

Unser politisches Leben zeichnet sich durch einen absoluten Mangel an persönlichem Vertrauen aus. Wie soll das anders werden, wenn Abmachungen mit leitenden Personen gebrochen oder umgangen werden?

Die Regierung auf verbreiterter Grundlage wird trotz allem kommen, weil das Ausland darauf halten muß, auch diskontfähige Unterschriften unter dem nächsten wirklichen Friedensschluß zu haben. Sie konnte nicht kommen, solange die Regierung Wirth und ihr geistiger Leiter Rathenau nicht für sich allein die Leistungs- und Zahlungsunfähigkeit des Reiches erklärt hatten."

Mit diesem Briefe hat die „Frankfurter Zeitung" ihrem eigenen Wunsche gemäß eine Bestätigung erhalten, daß sie sich leichtfertig zur Verbreitung böswilliger Unwahrheiten hergegeben hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192202091-16/fragment/page=0001

Das heutige Oesterreich im Lichte der Statistik

Mehr als die lebendigste Schilderung es vermag, zeigt die eben abgeschlossene österreichische Bevölkerungsstatistik den Niedergang des einst blühenden Landes, das durch den Friedensvertrag von Saint Germain wertvollste Gebietsteile verloren hat und sich in völliger politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von seinen Gegnern befindet. Die trockenen Zahlen schreien: Not, Tod, Bevölkerungsrückgang, armes Wien!

Nach dieser Statistik zählt Oesterreich heute ohne Burgenland 651 986 Häuser, 1 459 826 Wohnparteien und 6 131 445 Einwohner, darunter 2 935 730 männliche und 3 195 715 weibliche. Gegenüber von 1910 bedeutet dies eine Verminderung um 248 747 Personen, und zwar 204 921 (6,52 Prozent) männliche und 18 553 (0,58 Prozent) weibliche. Davon können 165 000 als reine Kriegsverluste angenommen werden. Ferner wurden 1920 nur 1 436 306 Kinder unter 14 Jahren (722 443 Knaben und 713 863 Mädchen), 1910 dagegen 1 750 620 (876 332 Knaben und 874 288 Mädchen gezählt, somit hat die Zahl der Kinder dieses Alters um 314 314 (153 889 Knaben und 160 425 Mädchen) abgenommen.

Den größten Anteil an der Bevölkerungsabnahme trägt Wien (1910: 2 031 498 Einwohner, 1920: 1 841 326, also ein Verlust von 190 162, wobei allerdings auch die Abwanderung in Rechnung zu stellen ist), dann folgen Niederösterreich-Land, Salzburg, Steiermark, Kärnten und Vorarlberg; nur Tirol und Oberösterreich weisen kleine Zuwachsziffern auf.

Auch die Berufsgliederung der Bevölkerung zeigt die Not Deutschösterreichs. So finden wir 504 482 selbständige und 2 529 886 unselbständige, im ganzen 3 124 369 Berufstätige, 1 099 578 Hausfrauen im eigenen Haushalte und 1 947 498 Berufslose. Die Zahl der stellenlosen unselbständigen Berufstätigen wurde 1920 mit 129 835 (88 231 Männer und 41 607 weibliche Personen) ermittelt. Die höchsten Ziffern erreichte die Arbeitslosigkeit in den Industriestädten, namentlich in Wien, das ja immer den größten Zustrom an Arbeitslosen hatte.

Hinzu kommt noch, daß nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Arbeitenden der furchtbar anschwellenden Teuerung hilflos gegenüberstehen. Die Krawalle vom 1. Dezember, möge ihre Organisation auch das Werk von Hetzern sein, tragen im tiefsten Wesen doch den Charakter der Hungerrevolte. Niemals sonst wäre es Agitatoren gegückt, an die 50 000 Menschen auf die Beine zu bringen, die Plünderungen gutheißen.

Polnische Geschichtsfälschung

Die Polen haben bekanntlich die deutschen Domänenpächter aus den abgetretenen Ostgebieten ausgewiesen und ihre vielfach noch über 30 Jahre laufenden Pachtverträge mit einem Federstrich für ungültig erklärt. Wie uns mitgeteilt wird, wollen sie sich aber mit dieser Maßnahme noch nicht begnügen, sondern auch das gesamte Inventar der deutschen Domänenpächter ohne jede Entschädigung in Besitz nehmen. Die polnische Regierung begründet dieses Attentat auf das Privateigentum mit der Behauptung, daß der preußische Staat im Jahre 1772 bei der Uebernahme des Landes genau so verfahren wäre. Demgegenüber stellt Adolf Stark in der „Danziger Allgemeinen Zeitung" folgendes fest: Die Nutznießer der polnischen Starosteigüter, d. h. des ehemaligen Komturenbesitzes des deutschen Ordens sind bei der Besitzergreifung Westpreußens durch Friedrich dem Großen fast sämtlich entschädigt oder abgefunden worden, wie die auf breitesten Quellenforschungen beruhende große zweibändige Arbeit des früheren Danziger Archivdirektors Dr. Max Bär „Westpreußen unter Friedrich dem Großen" deutlich beweist. Der König ließ durch den Oberpräsidenten von Domhardt eine genaue Uebersicht über die Starosteien, ihre Inhaber, das von ihnen darauf verwandte Kapital, die Zeit des Besitzes, die Höhe des bisherigen Ertrages und über die künftige Nutzung herstellen. Nach diesen Gesichtspunkten wurden die Entschädigungen dann bemessen. Im ganzen sind im westpreußischen Kammerbezirk über 380 000 Taler als Entschädigung oder Abfindungsgelder gezahlt worden, eine für jene Tage gewaltige Summe. Den Besitzern, die keine Vergütung erhielten, eben weil sie kein Kapital in ihren Gütern hineingesteckt hatten, ist das Inventar dafür vergütet worden. In diesen Posten hat Friedrich der Große 20 000 Taler ausgegeben, viele Starosten wurden zu preußischen Generalpächtern. Die Besitzer von polnischen Gratialgütern, die auch zum Staatsbesitz gehörten, wurden in ihrem Besitz gelassen, nur mußten sie die in der polnischen Unordnung gezahlte Quarte jetzt als jährlichen Domänenzins an die Aemter leisten. Diese Tatsachen verdienen angesichts der neuerlichen polnischen Geschichtsfälschungen zur Kenntnis der breitesten Oeffentlichkeit und nicht zuletzt des Völkerbundes gebracht zu werden.

Um den Termin von Genua

Vorher Geheimverhandlungen

Frankreich braucht 6 Monate Vorbereitung

Die Vorbereitungen für Genua

w. Paris, 8. Februar.

Wie der „Petit Parisien" halbamtlich mitteilt, hat die französische Regierung in ihrer Note an die englische Regierung über die Konferenz von Genua darauf hingewiesen, daß diese sechs Monate Vorbereitungen erfordere. Die französische Regierung drücke daher die Befürchtung aus, die Konferenz müsse unfruchtbar bleiben, wenn sie verwickelte, ungeheure Probleme diesmal unvorbereitet in Angriff genommen würden. Die Note rät deshalb, die Konferenz um mindestens drei Monate zu verschieben und diesen Zeitpunkt zu benutzen, die unerläßlichen Vorarbeiten zu leisten. Die Note schlägt ferner vor, zu bestimmen, daß keines der Rechte, die der Völkerbund aus dem Friedensvertrag erreicht habe, angetastet werde, ebensowenig die Friedensverträge, die die Grundlage des internationalen Rechts von Europa seien.

Die Vorbereitungen für die Konferenz von Genua sind durch die Ministerkrise nicht unterbrochen worden. Durch ein königliches Dekret wurde bereits ein Generalsekretariat errichtet. Als Chef wurde Romanowo Areceana der frühere italienische Botschafter in Washington, ernannt. Areceana hat bereits alle seine Mitarbeiter ausgewählt und die Arbeiten in Angriff genommen. Man glaubt, daß die Delegationen über 1000 Personen umfassen, die von etwa 700 Journalisten begleitet sein würden. Es wird eine Pressestelle eingerichtet, besondere Telephon- und Telegraphenleitungen werden für die direkten Verbindungen mit den europäischen Hauptstädten sorgen.

Nach einem Telegramm des „Excelsior Telegraph" herrscht in politischen amerikanischen Kreisen die Meinung, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die Einladung zur Konferenz von Genua ablehnen werde. Man glaubt, daß die offizielle Antwort der Regierung am nächsten Freitag ab-

*

w. Berlin, 8. Februar.

Wie der Berichterstatter der „Times" von gutunterrichteter Seite erfährt, schlägt die Note Poincarés an die britische und die italienische Regierung über die Konferenz von Genua eine Zusammenkunft zwischen den britischen, italienischen und französischen Vertretern vor, bevor die Konferenz von Genua zusammentritt. Eine solche Präliminarkonferenz würde das geplante Programm von Genua prüfen müssen, um die interalliierten Interessen gegen alle Sabotageversuche der russischen und der deutschen Delegation zu schützen.

Die englische Thronrede

Die Thronrede, mit der der König am 7. Februar das Parlament eröffnete, begrüßt die großen Resultate der Washingtoner Konferenz, namentlich das Viermächteabkommen über den Stillen Ozean, welches das englisch-japanische Bündnis ersetze, und das Abkommen betreffend die Einschränkung der Rüstungen. Die Thronrede besagt weiter, das Problem der Sicherung der Reparationszahlungen durch Deutschland in der den allgemeinen Interessen zuträglichsten Weise beschäftigte noch immer die verbündeten Regierungen. Beratungen seien kürzlich eingeleitet worden, um Vereinbarungen über ein gemeinsames Vorgehen im Falle eines unprovozierten Angriffes durch Deutschland zu erzielen. Ferner kündigt die Thronrede an, daß eine Bill über die Ratifizierung des Abkommens mit Irland und eine weitere Bill, welche den an den irischen Unruhen beteiligten Personen Amnestie gewährt, dem Parlament zugehen wird.

In der Thronrede heißt es noch: Die Lage im nahen Osten bildet weiterhin den Gegenstand eifriger Aufmerksamkeit der britischen Regierung. Der König gab der ernsten Hoffnung Ausdruck, daß die bevorstehenden Erörterungen der Alliierten in Paris eine baldige Lösung herbeiführen werden, durch die der Konflikt in einer für alle in Betracht kommenden Parteien ehrenvollen Weise beendet werde.

Ueber die Fragen der inneren Politik heißt es: Alle Anstrengungen seien gemacht worden, um die Staatsausgaben so weit wie möglich herabzusetzen. In einer Zeit großer industrieller Depression, die die Welt augenblicklich durchzumachen habe, erfordere es die Lage, daß Sparsamkeit von allen und in jeder Richtung geübt werde. Nach Erwähnung der irischen Frage fährt die Thronrede fort: **Der große und anhaltende Umfang der Arbeitslosigkeit verursacht mir die tiefste Sorge und wird weiterhin mit ernster Aufmerksamkeit von meinen Ministern verfolgt werden.**

Das einzige Heilmittel für diese betrübliche Lage liegt in der Beschwichtigung der internationalen Nebenbuhlerschaft und des Argwohns, sowie in der Verbesserung der Bedingungen, unter denen der Handel der gesamten Welt sich befindet. Aus diesem Grunde begrüße ich die Vorkehrungen, die jetzt getroffen werden für den Zusammentritt einer internationalen Konferenz in Genua, auf der es, wie ich hoffe, möglich sein wird, den Frieden in Europa auf einer gerechten Grundlage zu errichten und eine Regelung der zahlreichen wichtigen Fragen zu erreichen, die aus der dringenden Notwendigkeit des finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus entstehen. Die Thronrede kündigt außerdem Vorschläge für die Reform des Oberhauses und für die Beilegung der Differenzen zwischen beiden Häusern an. Unter den Gesetzesvorlagen, die eingebracht werden sollen, führt die Thronrede eine solche betreffend die Schaffung einer internationalen Handelskorporation an.

Das französische Militärbudget in der Kammer

Deutschland ist an der zweijährigen Dienstzeit schuldig.

Die vereinigten Kammerausschüsse der Finanzen und des Heeres beschäftigten sich in Anwesenheit des Ministerpräsidenten, des Finanz- und des Kriegsministers mit dem Militärbudget. Poincaré sprach namens der Regierung und führte aus, die Regierung sähe die 24monatige Dienstzeit nur als Etappe zur einjährigen Dienstpflicht an. Die Kredite für das Heer dürften nicht erhöht werden, wenn die Ausgaben nicht als Beweis für den Imperialismus bezeichnet werden könnten. „Wir sind gezwungenermaßen eine Militärmacht, solange Deutschland noch nicht wirklich entwaffnet ist, aber wir sind keine militaristische Macht." Die Ausschüsse erklärten sich mit den Ausführungen Poincarés einverstanden. Die Erörterung des Gesetzes soll baldigst im Parlament erfolgen, dem das Recht zugestanden wird, es mit einem Amendement zu versehen. **Auf eine Frage erklärte Poincaré, Frankreich müsse in der Lage sein, sich Respekt zu verschaffen, damit es sicher respektiert zu werden.** Redner erklärte ferner, er habe weder den Wunsch noch die Absicht, seine Zuflucht zu Sanktionen zu nehmen, **aber es dürfe nicht vergessen werden, daß gewisse Artikel des Friedensvertrages Frankreich das Recht zur Sicherstellung seiner Rechte und seiner Interessen zuerkennen.**

Die Republik Deutschland liefert Königsausstattungen. Der serbische königliche Hof hat für die Ausgestaltung der Hofhaltung des Konals in Deutschland für fünf Millionen Mark Geschirr und Ausstattungsgegenstände und in Charlottenburg 26 Galahofwagen bestellt.

Preußen und die Einrichtung von Notwohnungen für vertriebene Deutsche. Der deutschnationale Abg. Dr. v. Kries hat im preußischen Landtage folgende Anfrage gestellt: „Im Jahre 1921 hat das Reich dem Hauptvorstand des Roten Kreuzes einen Betrag von 10 Millionen Mark zur Einrichtung von Notwohnungen für vertriebene Deutsche überwiesen. Die Länder haben sich mit insgesamt 15 Millionen Mark an diesem Hilfswerk beteiligt, bei dessen segenbringender Durchführung auch der Hilfsbund für Elsaß-Lothringen und der Deutsche Ostbund mitgewirkt haben. Das Reich soll bereit sein, dieses nach wie vor dringend notwendige Hilfswerk auch im Jahre 1922 fortzusetzen, die wie im Vorjahre geforderte Beteiligung der Länder soll aber in Preußen auf Schwierigkeiten stoßen. Ich frage das Staatsministerium, ob diese Nachricht zutrifft, und gegebenenfalls, aus welchen Gründen Preußen die Mitwirkung an dem Hilfswerk für die vertriebenen Stammesbrüder ablehnt?"

Abgebranntes Sägewerk. Durch ein größeres Feuer wurde das Mundsche Sägewerk in Holzminden vollständig eingeäschert. Es gelang nur, einzelne Stapel der Lagerbestände in Sicherheit zu bringen. Das Werk brannte vollständig nieder.

Barenberg Söhne

26] Roman von Nora Bergmann.

Amerikanisches Copyright 1921 by Carl Duncker, Berlin.

XI.

„Der gestrige Abend, an dem Fräulein Ruth Barenberg gastspielweise die Isolde gab, stellte eine Leistung echten Bayreuther Gepräges dar. Fräulein Barenberg hat sich in der Einsamkeit ihres Berliner Studierzimmers die Bayreuther und Dresdener Disziplin zu eigen zu machen gewußt, und obgleich es das erstemal, daß diese jugendliche Künstlerin in die Oeffentlichkeit getreten, muß ihre „Isolde" als eine der besten der Gegenwart anerkannt werden. Ihre Stimme „Isolde" vielleicht ein wenig zu zarte, doch wundervolle Erscheinung, das gesunde, ausgiebige Organ der jungen Künstlerin, von so mildem Glanz im Piano und doch wieder von schaurniger Wildheit im Forte des Affekts, die meisterhafte Verbindung von Ton und Wort, der überaus feinsinnige, verständnisvolle Vortrag schufen einen fast überwältigenden Eindruck von zwingender Kraft." — — —

Langsam faltete die junge Sängerin die Zeitung zusammen und legte sie zu den übrigen, alles ausschließlich glänzende Kritiken.

Ja, sie hatte schön gesungen am gestrigen Abend, so schön, wie vielleicht noch nie in ihrem jungen Leben. Aber von allen Wagnerorten stand ihrer Seele auch das Tristandrama am nächsten. Diese Liebe zweier Menschenherzen die nicht von dieser Welt zu sein scheint und sich um ihrer Reinheit willen aus dieser Erdenwelt zum Tode oder zur Entsagung flüchtet. — Ihre ganze Seele hatte Ruth Barenberg hineingelegt — — Isolde war sie selbst gewesen.

Und doch wollte keine rechte Freude in ihrem Herzen über diesen Erfolg aufkommen. Was war all dieser rauschende Applaus gegen das eine, das sie nie mehr im Leben verlassen würde, diese große, sehnsüchtige Liebe — die Liebe einer Isolde? — Alles hätte Ruth jetzt hingeben mögen, Ruhm und Erfolg, Geld und Gut, ja selbst ihre Kunst, um nur das eine wiederzuerlangen, das sie damals vor sechs Jahren aus der übergroßen, gewissenhaftigkeit ihres Charakters heraus geglaubt, zurückweisen zu müssen — die Liebe eines Eberhard Barenberg. — —

Ein Opfer war's gewesen — ein riesengroßes Opfer. — Umsonst! — Ein Unwürdiger, dem sie es gebracht. Zwei Tage, nachdem Ruth damals den Mut gefunden, seine Werbung zurückzuweisen, verlobte sich Hans Christian von Geldern mit einer Amerikanerin, der Tochter eines Milliardärs. Eine Tat der Verzweiflung, die Folge einer Nacht, wo der leichtsinnige, junge Mensch auch noch den Rest seines einstmals nicht unbeträchtlichen Vermögens im Spiel verloren. Und weiter zogen die Bilder ihres Lebens vorüber. Sechs Jahre waren vergangen. Nur noch einige Male war Ruth daheim gewesen. Stets hatte sie einer Begegnung Eberhards aus dem Wege zu gehen gewußt, wobei ihr die oft monatelangen Auslandsreisen des Oheims sehr zu statten gekommen.

gekommen waren.

ein eigentümlich wehes Lächeln zuckte um den jungen Mund. — Erinnerung. —

Mehrere Male schon hatte es geklopft. Endlich öffnete sich leise die Tür. Es war eine einfach gekleidete Frau im schwarzen, schmucklosen Tuchkleide, mit großer, schwarzseidener Schürze, die dort auf der Schwelle stand. Kopfschüttelnd blickte diese jetzt zu dem lieblichen Bilde hinüber. Es lag etwas Mütterlich-Zärtliches in den Augen der Frau und nur ungern schien sie stören zu wollen.

„Gnädiges Fräulein", klang es fast wie um Entschuldigung bittend zu dem retzenden Mädchen hinüber, „in einer halben Stunde haben sich der Intendant angesagt". — — —

Nervös fuhr Ruth zusammen. Langsam wie sich besinnend, strich sie mit der schmalen, weißen Hand über die Stirn. Ja, so über den alten Erinnerungen hatte sie alles vergessen. Am gestrigen Abend war ihr ja von dem Intendanten, Freiherrn von Hagen, sein Besuch im Hotel in Aussicht gestellt. Dieser Besuch mußte als eine besondere Aufmerksamkeit für die junge Künstlerin gelten, handelte es sich dabei doch um die Unterzeichnung des Kontraktes für ein Engagement an die großherzogliche Hofoper der Residenz für zwei Jahre.

Schon am frühen Morgen erhielt Ruth im Auftrage des jungen, kunstliebenden Großherzogs einen Strauß köstlicher Orchideen aus den großherzoglichen Gewächshäusern. Der Fürst hatte der gestrigen Vorstellung beigewohnt und war ganz entzückt von der Jugend, Anmut und Schönheit der jungen Sängerin gewesen. Seiner Fürsprache verdankte es Ruth Barenberg wohl auch hauptsächlich, daß der alte, erfahrene Intendant zum erstenmal seinen Grundsätzen untreu geworden und sich entschlossen, eine solch junge, unerprobte Sängerin zu engagieren.

Im großen und ganzen hielt Herr von Hagen nicht allzuviel von diesen jungen Sängerinnen, die eben erst ihr Studium vollendet. Doch in diesem Falle mochte der Großherzog recht haben. Stimme sowohl als auch das Aeußere der jungen Künstlerin mußten als eine Akquisition ersten Ranges für die großherzogliche Hofoper gelten, und wenn man da nicht schleunigst zugriff, kam einem irgend solch eine kleine, mittlere Provinzbühne zuvor, man selbst aber hatte nachher das Nachsehen.

Frau Böckelmann war inzwischen nähergetreten. „Oh, Fräulein Ruth, die Schokolade haben Sie auch wieder fall werden lassen. Da soll nun ein Mensch, der den ganzen Tag singt, zu Kräften kommen", sagte sie jetzt ganz ärgerlich, und schickte sich an zu klingeln, um diese noch einmal wärmen zu lassen.

„Bitte, bitte, liebste Böckelmann, nicht böse sein. Ich war bloß so in Gedanken. Die Schokolade trinke ich auch so", und eiligst nahm sie der treuen Seele die Kanne wieder aus der Hand.

Doch wie ein Polizist stellte diese sich jetzt neben das junge Mädchen, es fortwährend nötigend und ihm zärtlich zuredend. Und wirklich, der Böckelmann zuliebe zwang Ruth sich zum Essen.

„Weißt du Böckelmann, was ich jetzt möchte?" fragte sie dann nach einer Weile. Und ohne eine Antwort abzuwarten, fuhr sie sinnend fort: „Heim möchte ich, heute noch heim", und etwas wie unbezwingliche Sehnsucht klang aus den wenigen Worten.

Hastig erhob sich Ruth jetzt und ging hinaus.

Die Böckelmann hatte sie aber doch noch gesehen, die Tränen in den weichen, dunklen Augen ihres „Sonnenscheinchens". — — —

„Und nun, mein gnädiges Fräulein, nachdem wir den geschäftlichen Teil meines Besuches, wie ich hoffe, zu beiderseitiger Zufriedenheit erledigt, habe ich noch eine ganz besondere Bitte, von deren Erfüllung für mich fast das ganze Gelingen eines Abends abhängt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192202091-16/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 9. Februar.

Wieviel betragen die Naturalbezüge für Angestellte und Arbeiter?

Nachstehend veröffentlichen wir einen Auszug aus den von dem Landesfinanzamt in Magdeburg gegebenen Bestimmungen über den Wert der geldwerten Vorteile (Naturalbezüge). Aus der folgenden Zusammenstellung sind die Kosten für Verpflegung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung klar zu ersehen.

1. Für Betriebsbeamte, Werkmeister, Angestellte in höheren Stellungen, Büroangestellte, die nicht mit niederen oder mechanischen Dienstleistungen beschäftigt werden, Handlungs- und Apothekengehilfen, Lehrer und Erzieher, Bühnen- und Orchestermitglieder, Hausdamen und Gesellschafterinnen, Wirtschafterinnen, Stützen und Haushälterinnen, die letzten drei mit Aufsichtsbefugnissen über Untergebene:

In Großstädten über 100 000 Einwohner:

	Tag ℳ	Woche ℳ	Monat ℳ	Jahr ℳ
Verpflegung	13.—	91.—	390.—	4715.—
Wohnung	1.50	10.50	45.—	547.—
Heizung u. Beleuchtung	0.50	3.50	15.—	182.—
Zusammen	15.—	105.—	450.—	5444.—

2. Für Gewerbegehilfen, Gesellen, Arbeiter:

In Großstädten über 100 000 Einwohner:

	Tag ℳ	Woche ℳ	Monat ℳ	Jahr ℳ
Verpflegung	12.—	84.—	365.—	4380.—
Wohnung	1.30	9.—	39.—	474.—
Heizung u. Beleuchtung	0.50	3.50	15.—	180.—
Zusammen	13.80	96.50	419.—	5034.—

3. Für Dienstmädchen und Hausangestellte, Lehrlinge aller Art, soweit sie nicht unter 1 und 2 fallen, Waschfrauen, Aufwärterinnen und Näherinnen:

In Großstädten über 100 000 Einwohner:

	Tag ℳ	Woche ℳ	Monat ℳ	Jahr ℳ
Verpflegung	10.—	70.—	304.—	3650.—
Wohnung	1.10	7.50	33.—	401.—
Heizung u. Beleuchtung	0.50	3.50	15.—	182.—
Zusammen	11.60	81.—	352.—	4233.—

Bei nur teilweiser Beköstigung ist zu rechnen: Für das erste Frühstück 10 Prozent, für das zweite 15, für Mittagbrot 40, Vesperbrot 15, Abendbrot 20 Prozent der vollen Beköstigung.

— **Zum Steuerzahlen.** Unsere schicksalsschwere Zeit ist, wie jedermann leider immer wieder zu spüren bekommt, reich an Steuern und Abgaben aller Art. Die „Ordnung für die Erhebung von Verwaltungsgebühren", die wir in unserer Zeitung veröffentlichten und wodurch der Magistrat die finanzielle Lage der Stadt zu verbessern bestrebt ist, ist ein deutlicher Beweis hierfür. Aber auch in allen Zeiten bereits hat es bei den Völkern nicht an Steuern aller Art gefehlt. So lesen wir z. B. in einer alten Chronik über eine Personensteuer bei den Römern, die zur Zeit Konstantin des Großen von jedem Manne vom 14. bis 65. Lebensjahre gezahlt werden mußte, folgendes: „Die Steuer betrug 356 Franks für den Kopf. Julian, welcher die hohen Abgaben nach Kräften erleichterte, setzte sie bis auf 60 herab, aber selbst bei dieser Ermäßigung sieht man noch nicht ein, wie sie jeder aufbringen konnte, besonders da auch die Grundsteuer meist ein Drittel oder gar die Hälfte betrug und jedes Frauenzimmer derselben unterlag. Da eine solche Summe aber sicher nicht immer von einem jeden verlangt werden konnte, so erlaubte Libanelien ein kaiserliches Reskript v. J. 383 sie auf drei Köpfe zu verteilen, dagegen aber die Reichen um so höher umzulegen, und da alle Willkür der Beamten bei solcher Verteilung unmöglich verhütet werden konnte, so darf man sich natürlich nicht wundern, wenn ein Dritter seiner Zeit, Sidonius Apollonaris, klagt, daß man ihn wie den Cerberus behandelt und schinden hatte, als ob er drei Köpfe besäße." — So wie die alten Römer ihre Steuern bezahlten, so wird auch uns Hallensern bzw. allen erwerbstätigen Deutschen nichts anderes übrig bleiben.

— **Freimarken in Rollenform.** Aus Verbraucherkreisen wird gegenwärtig darüber geklagt, daß seit der letzten Gebührenerhöhung Marken höherer Werte in Rollenform schwer erhältlich seien. Dieser tatsächlich bestehende und von der Postverwaltung lebhaft bedauerte Mangel ist darauf zurückzuführen, daß die in Aussicht genommen gewesenen Postgebührensätze kurz vor der Einbringung der Gesetzesvorlage an den Reichstag erhöht werden mußten und dadurch die für die Herstellung der neuen Markenwerte bereits getroffenen Vorbereitungen unwirksam wurden. Gegenwärtig ist die Lage folgende: Rollenmarken zu 1, 2 und 3 M. kommen in diesen Tagen zum Versand. Die jetzt besonders viel verlangten Wertzeichen zu 75 und 125 Pf. werden als Germaniamarken nachgedruckt und in einigen Wochen wieder geliefert werden. Die 50 Pf.-Marke wird demnächst, die zu 4 M. in etwa 3 Wochen erscheinen. Sobald als irgend möglich sollen auch noch höhere Werte in Rollenform hergestellt werden. An niederen Werten sind noch Bestände zu 10, 15, 25, 30, 40 und 60 Pf. vorhanden.

— **Hallescher Lehrerverein.** Zu der in den Zeitungen veröffentlichten Entschließung, die am Sonntag in „St. Nikolaus" angenommen der Streikenden gefaßt wurde, teilt uns der Vorstand des Halleschen Lehrervereins mit, daß die in ganz geringer Zahl anwesenden Lehrer keinen Auftrag von ihrer Organisation hatten, und daß der Hallesche Lehrerverein zu der Frage überhaupt nicht Stellung genommen hat.

— **„Die Leipziger Kriegsprozesse als englisches Propagandamittel."** Am nächsten Sonntag spricht im Auftrage der Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Landesstelle Halle, Herr Lektor Peters, Leipzig, über das Thema „Die Leipziger Kriegsverbrecherprozesse als englisches Propagandamittel". Da Herr Lektor Peters Dolmetscher am Reichsgericht ist, verspricht dieser Vortrag eine wirklich fachmännische Behandlung des Themas, und es ist damit Gelegenheit geboten, sich aus erster Hand mit dieser außerordentlich wichtigen Frage bekannt zu machen.

Aus dem Gesellschaftsleben

Geburten: Dr. Maenz, Erfurt (Sohn). — Willi Kretschmer, Eisenach (Tochter). — Waldemar Heinemann, Erfurt (Tochter). — G. Rothmeyer, Nordhausen (Sohn). — H. H. König, Jena (Sohn). — Bernd Matthaus, Hannover (Tochter). — Hermann Singer, Leipzig (Sohn). — Hermann Langhein, Leipzig (Tochter). — Richard Meißner, Leipzig (Tochter).

Verlobungen: Elisabeth Hesse, Ehmtendorf mit Domänenpächter Adolf Kirchner, Kronskamp. — Alfred Schwartzkopf mit Barnard Kramer, Gordelegen. — Lydia Gigasi, Meiningen, mit Ingenieur Kurt Müller, Großbrembach. — Paula Röhre, Weimar, mit Walter Rochlitzer, Kammergut Niederroßla. — Susanne Richter mit Gerhard Schlegel, Leipzig.

Vermählungen: Bankangestellter Otto Kaeseberg mit Friedel Küttermann, Gotha. — Fabrikbesitzer Karl-Heinz Meier mit Margarete Gottfuß, Leipzig. — Dr. med. Herbert Wucherer mit Friedel Warnatz, Leipzig. — Fritz Wagenführ mit Elisabeth Otto, Ochtmersleben.

Todesfälle: Alwine Cramer geb. Müller, Halle. — Berisha Rödel, Halle (56 Jahre). — Rentier Louis Becker, Weimar (80 Jahre). — Alwine Ruhe geb. Otto, Obergrunstedt (66 Jahre). — Ingenieur Ewald Wolff, Eisenach (45 Jahre). — Direktor Eduard Opitz, Charlottenburg. — Oberpostsekretär Johannes Schindler, Leipzig (56 Jahre). — Geh. Regierungsrat Dr. jur. Ferdinand Georg Uhlemann, Großenthain. — Bürodirektor Hermann Siegel, Leipzig (65 Jahre). — Johanna Gaumitz, Leipzig (31 Jahre).

Der wiedererwachende Verkehr

Rückkehr zur Arbeit — Räumung der Bahnhöfe
Auch D-Züge verkehren wieder

Nachdem gestern nachmittag in Halle verschiedene Versammlungen von streikenden Eisenbahnern stattgefunden haben, sind gegen Abend zahlreiche Beamte, namentlich Lokomotivführer, Zugbegleitführer und Schaffner auf dem Bahnhofe erschienen, um sich zum Dienst zu melden. Dasselbe wird aus Dessau und Wittenberg gemeldet, während in Bitterfeld und Falkenberg noch gestreikt wird, weil anscheinend der Aufruf der Reichsgewerkschaft noch nicht dorthin gelangt ist. Die Lokomotivführer in Roßlau machen für die Wiederaufnahme der Arbeit zur Bedingung, daß die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden.

Der Deutsche Eisenbahnerverband hat heute überall in Versammlungen darüber abstimmen lassen, ob man weiter im Streik verharren oder die Arbeit wieder aufnehmen will. Es hat sich hier überall eine starke Zweidrittelmehrheit gegen den Streik ergeben. In Falkenberg ist der Rangierbahnhof aufgeräumt und die Züge, die dort standen, sind auseinandergezogen worden. Die leeren Kohlenwagen sind bereits nach den Kohlenrevieren in der Lausitz abgefahren. Acht fertige Ferngüterzüge stehen zur Abfahrt bereit und können sofort abgelassen werden, sobald sich das erforderliche Personal zur Arbeit meldet. In Kottbus hat das Personal zum Teil seinen Dienst bereits angetreten, zum Teil wird noch in Versammlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit verhandelt.

Gestern abend verkehrten folgende D-Züge nach Berlin: D 41, D 49, D 33, von Berlin angekommen ist P 812 und P 808. Heute, am 9., verkehrt D 2 von Berlin nach Basel mit einem Salon- und zwei Schlafwagen für die deutschen Bevollmächtigten für die Genfer Verhandlungen.

Aufgenommen ist die Annahme von Expreßgut und Gepäck für alle Stationen des gesamten Direktionsbezirks Halle mit Ausnahme von Corbetha und den Stationen Plagwitz, Lindenau bis Zeitz. Ferner wird angenommen Eilstückgut für die Stationen des Verkehrsamtsbezirks Halle, Torgau, Dessau, Kottbus. Ausgenommen sind bisher noch die Bezirke des Verkehrsamtes Leipzig.

Die Behauptung des „Klassenkampfes", daß die Eisenbahndirektion Halle die Schaffnerinnen, die während des Krieges Dienst getan haben, aufgerufen habe, ist unwahr.

*

Streikende in Halle

Die Ortsgruppe Halle der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner hielt gestern nachmittag in der „Saalschlobbrauerei" eine Versammlung ab, in der den Streikenden ein Bericht über die augenblickliche Lage gegeben werden sollte. Nachdem der Versammlungsleiter mitgeteilt hatte, daß die Verhandlungen mit der Regierung zu einem für die streikenden Eisenbahner günstigen Abschluß geführt hätten, ergriffen mehrere Redner das Wort, um zu dem Streik Stellung zu nehmen. Obwohl mehrere Redner scharfe Kritik an der Regierung, an den eigenen Führern und Kollegen übten und die jetzige Beilegung des Streiks nur als einen „Waffenstillstand" bezeichneten, wurde gemäß des Aufrufs der Zentralleitung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner der Antrag auf unverzügliche Wiederaufnahme der Arbeit ohne Widerspruch angenommen. Für Halle wurde der Zeitpunkt für die Wiederaufnahme der Arbeit auf gestern nacht 12 Uhr festgesetzt. Zur Arbeit haben sich alle, auch die Entlassenen, zu begeben.

Zum Schluß wurde folgende Entschließung angenommen: „Die hier versammelten Eisenbahnbeamten sprechen ihren Führern ihr vollstes Vertrauen und ihren wärmsten Dank aus. Bei der drohenden Disziplinierung einzelner Führer und streikender Mitglieder wird die gesamte Eisenbahnbeamtenschaft voll hinter ihren Führern stehen und mit allem Nachdruck ihre Interessen vertreten."

Aus Mitteldeutschland

Die Finanzierung der Leipziger Meßbauten

Nachdem der Rat der Stadt Leipzig im Jahre 1920 durch Gewährung eines Darlehns von 12 Millionen Mark dem Meßamt die Möglichkeit zur Erweiterung der Messe nach Kriegsende geschaffen hatte, konnten einer großen Zahl Firmen, die bis dahin der Messe fernstanden, die von ihnen gewünschten Meßräume überwiesen werden. Das Darlehen der Stadt allein war aber nicht ausreichend, um die in rascher Zeitfolge sowohl in der Innenstadt wie auf dem Ausstellungsgelände erstandenen Bauten aufzuführen. Zur Durchführung dieses großen Bauprogramms mußten die Aussteller mit herangezogen werden. Sie brachten bisher einen Betrag von rund 17 Mill. M. auf, eine stattliche Summe, die beredtes Zeugnis sowohl für die Opferwilligkeit der Industrie wie ihr Vertrauen zur Leipziger Messe ablegt. Nicht eingerechnet sind in diese Summe die Beträge, die für das Haus der Elektrotechnik, für den Neubau der Schuh- und Ledermesse und für das im Bau begriffene Hygiene-Meßhaus gezeichnet worden sind und allein einen höheren Betrag als den vorstehend genannten ausmachen.

Neues vom „Homburger Wunderdoktor"

Interessante Einzelheiten über Herrn Müller-Czerny weiß die „Kindelbrücker Zeitung" zu berichten. Das Blatt schreibt: In Sommerda leitete bis kurz vor Ausbruch des Weltkrieges ein Mann, der sich einfach Müller nannte und sich mit dem Ankauf von Landesprodukten beschäftigte. Dieser Mann litt an einer fabelhaften Gedächtnisschwäche; er vergaß nämlich sehr oft, die bei den Landwirten der Umgegend aufgekauften Waren zu bezahlen, und so wird ihm von manchem der also „Vergessenen" ein „teures Angedenken" bewahrt. Als und zu kam der Betreffende in eine staatliche Versorgungsanstalt eben infolge seiner fabelhaften Gedächtnisschwäche, welche man für gewöhnlich durch das Wort Betrug kennzeichnet. Schließlich kehrte er Sömmerda den Rücken und verlegte das Feld seiner ersprießlichen Tätigkeit in andere Landstriche. Seit Wochen und Monaten macht nun von Homburg v. d. H. ein Mann von sich reden, der sich Müller-Czerny nennt. Dieser Mann gibt sich aus als ein „neuer Heiland" und behauptet von sich, daß er die Blinden sehend und die Lahmen gehend, ohne jeden operativen Eingriff, machen könnte. Aber auch anderen Leidenden will er helfen können. Ja er behauptet in seinem Leibblatt, daß er vielen schon im Wege der Fernhilfe geholfen habe. Wir brauchen den Ausdruck „Leibblatt" und wollen dazu erläuternd bemerken, daß der „moderne Heiland" unter dem Namen „Deutsches Blatt" eine Zeitung erscheinen läßt, welche je nach dem vorhandenen Stoff erscheint und ausschließlich von den Ruhmestaten des Herrn Müller-Czerny zu erzählen weiß. In diesem Leibblatt ergreift sich der Herausgeber, Zeugnisse mit dem vollen Namen wirklich lebender Menschen und deren Wohnort zu veröffentlichen und dadurch sein edles Haupt mit einem Glorienschein zu umrinken. Der Zustrom von Leidenden aller Art soll in Homburg stark in Erscheinung treten. Ein Besuch bei Herrn Müller-Czerny kostet dem Besuchenden 100 Mark. Die briefliche Behandlung ebensoviel. Dem Leidenden hilft Herr Müller-Czerny nicht von seinem Gebrechen, wohl aber mit tödlicher Sicherheit von seinem Geld.

— **Köthen, 8. Febr.** (Staatszuschuß zur Handels-Hochschule. — Neue Kreisstraßen. — Der pensionierte Briefkasten.) Ueber das Ergebnis der Kuratoriumssitzung des Polytechnikums vom Freitag wird amtlich folgendes mitgeteilt: Die Regierung stellt einen Betrag zu den durch Einnahmen nicht zu deckenden Kosten der Unterhaltung des Friedrichs-Polytechnikums bis zum Höchstbetrage von 300 000 Mark zur Verfügung unter der Bedingung, daß die Stadt den gleichen Beitrag leistet. Das Kuratorium hat demgemäß beschlossen, dem Gemeinderat den Ausbau der Handelshochschule dringend zu empfehlen. Die für diese Frage entscheidende Gemeindevertretung wird voraussichtlich schon in der nächsten Woche Stellung nehmen. — Die Kreisstraßen in unserem Kreise sollen jetzt bedeutend vermehrt werden. Da es einigen Gemeinden schwer fallen soll, ihre Gemeindewege selbst zu unterhalten, so will der Kreis hiervon gegen 75 Kilometer übernehmen. Das Aufsichts- und Unterhaltungspersonal soll ebenfalls dementsprechend vermehrt werden. — Wie außerordentlich stark der Postverkehr zurückgegangen ist, zeigt ein Beispiel, das dem „Köth. Tagebl." von einem der Mitarbeiter mitgeteilt wird. Wie dieser versichert, befand sich bei einer Leerung eines Briefkastens in Mitte der Stadt vor einigen Tagen — vor dem Eisenbahnerstreik — nicht ein einziger Brief oder eine Karte im Kasten.

— **Halberstadt, 8. Februar.** (Schließung der Schulen.) Wegen der anhaltenden Kälte hat sich der Magistrat veranlaßt gesehen, abermals die städtischen Schulen bis auf weiteres zu schließen. Der Unterricht in den Volks- und Mittelschulen, im Realgymnasium und am Lyzeum und Oberlyzeum fällt also vorläufig aus. Im Domgymnasium, das noch über Kohlenvorräte verfügt, und im Lehrerseminar wird der Unterricht weiter erteilt.

— **Halberstadt, 8. Februar.** (Bei der Handwerkskammerwahl) sind als ordentliche Mitglieder für den Stadt- und Landkreis Halberstadt gewählt Tischlermeister Hermann Biertimpel, Maurermeister Reinhold Conrad, Tapezierermeister Karl Franke; als stellvertretende Fleischermeister Hermann Rebetzge, Bäckermeister Gustav Jakob, Schneidermeister Otto Mohr, sämtlich aus Halberstadt. Von den Gesellenausschüssen sind als ordentliche Kammermitglieder in unserem Kreis gewählt Schneidergeselle Samuel Kaiser, als Stellvertreter Tischlergeselle Friedrich Moritz, beide in Halberstadt.

d. **Halberstadt, 8. Febr.** (Einen frechen Schwindel) verübte hier der Arbeiter Emil Gareis. Er war bislang beim Gutsbesitzer Böning in Heteborn beschäftigt. Er hatte die Gelegenheit dort ausgekundschaftet und ging eines Tages zur Gleiteidhandlung Goldschmidt u. Stern hier und bat um Lieferung von 20 Ztr. Hafer für Böning. Goldschmidts kannten Gareis und lieferten. Das Getreide wurde sofort verkauft, kommt aber wieder zur Stelle geschafft werden, so daß nun nur noch der Käufer um 1000 M. geschädigt ist. Gegen Urkundenfälschung und Betrug erhielt Gareis 2½ Jahre Gefängnis.

— **Blendorf, 8. Febr.** (300jähriger Schloßbesitz.) Vor 300 Jahren, seit 1622, war das frühere herzogliche Schloß im Besitz der Familie von Hagen, 1762 verkaufte der hochfürstlich Braunschweig-Wolfenbüttler Oberstleutnant Anton August v. Hagen das Schloß nebst Gut an den Fürsten Karl Georg Lebrecht von Anhalt-Cöthen und dieser erbaute den Teil mit der Schloßkapelle und dem Orangerielhaus in den Jahren 1763—64. Seine Gemahlin Louise Charlotte Friederike aus dem Hause Holstein-Glücksburg war lutherischer Konfession, daher die Schloßkapelle den Lutherischen aus der Umgegend zum Gottesdienst und zur Feier des Abendmahls auch freigegeben wurde. Als der Fürst 1789 gestorben, siedelte seine Gemahlin auf ihren Witwensitz Blendorf über. Sie verstarb in Cöthen am 30. März 1812. Die Leiche wurde nach Blendorf gebracht und in aller Stille beigesetzt. Die Inschrift am alten Schloßbau unmittelbar über dem Haupteingang lautete: „Dieses Haus ist erbauet von Luso von Hagen, Erbherrn auf Blendorf und Döbernitz, Kaiserl. Feldmarschall-Leutnant. Auch Braunschweig-Wolfenbüttelier General."

tzk. **Wesungen, 8. Febr.** (Zum Wiederaufbau der Oberförsterei.) Bei dem großen Brande im vorigen Sommer wurde auch die Oberförsterei mit allem Zubehör vollständig eingeäschert. Wie der „Eisenacher Tagespost" geschrieben wird, ist nach einem zwischen dem früheren Großherzog und der Regierung in Weimar getroffenen Uebereinkommen dem Großherzog Ruhrt der alten Bauhütte nur die Versicherungssumme überwiesen worden. Andere staatliche Zuschüsse zum Neubau der Oberförsterei, die der Großherzog unterhalten hat, werden vom Staate nicht geleistet. Der Großherzog muß den Wiederaufbau der Wasunger Oberförsterei aus eigenen Mitteln bestreiten, soweit die Versicherungssumme nicht ausreichen ist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192202091-16/fragment/page=0003

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung"

Industrie

Die neue Lohnerhöhung der anhaltischen Metallarbeiter. Durch einen am Freitag erfolgten Schiedsspruch sind die Löhne der Arbeiter der Metallindustrie wie folgt neu festgesetzt: Für Facharbeiter bis zum Alter von 20 Jahren Stundenlohn 8 M., Durchschnittsakkordverdienst 9,20 M., von 20 bis 23 Jahren Stundenlohn 9,20 M., Akkordverdienst 10,40 M.; von über 23 Jahren 10,40 M. bezw. 11,60 M.; für angelernte Arbeiter im Alter von 18 bis 20 Jahren Stundenlohn 7,50 M. bezw. 8,50 Mark; von 20 bis 23 Jahren 8,75, Akkordverdienst 9,75 M.; von über 23 Jahren 10 M. bezw. 11 M.; für ungelernte Arbeiter von 18 bis 20 Jahren Stundenlohn 7 M., von 20 bis 23 Jahren 8,25 M., von über 23 Jahren 9,50 M. Diese Löhne sollen auch gelten für die Arbeiter in der Gas- und Elektrizitätsindustrie. Die Organisationen haben zu diesem Schiedsspruch innerhalb 5 Tagen Stellung zu nehmen.

Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt Akt.-Ges. Das Werk wird, nachdem die Stadtverordneten von Halberstadt den Vertrag auf Uebernahme der Elektrizitätsbelieferung der Stadt durch das Werk mit einem Kostenaufwande von 8½ Mill. Mark beschlossen haben, in Halberstadt ein neues Umspannungswerk errichten, welches von der 50 000-Leitung von Crottorff nach Wilhelmshall gespeist wird. Außerdem sollen die Anlagen der Ueberlandwerke Nachterstedt und Harbke vergrößert werden.

Radebeuler Guß- und Emaillierwerke Gebr. Gebler, A.-G., in Radebeul. Nach Mitteilung der Verwaltung ist die Gesellschaft außerordentlich günstig beschäftigt, und es liegen noch für viele Monate Aufträge vor.

Reichelt Metallschrauben, A.-G. in Finsterwalde. Die Gesellschaft beantragt die Ausgabe von 6 Mill. M. Hpotg. Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht.

Gustav Kunz, Mechanische Treibriemenweberei und Anlagenfabrik in Treuen i. V. Der Aufsichtsrat beschloß in seiner am Dienstag abgehaltenen Aufsichtsratssitzung, der in der zweiten Märzhälfte stattfindenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 35 Prozent wie im Vorjahre vorzuschlagen.

Kammgarnspinnerei Gautzsch bei Leipzig, A.-G. Die Verwaltung kann über einen sehr befriedigenden Geschäftsgang im abgelaufenen Jahre berichten. Nicht eine einzige Spindel hat gerucht, auch nicht in der Zeit vorübergehend sinkender Konjunktur. Dem Einsetzen schärferer Nachfrage im Mai konnte aber leider nur teilweise durch vermehrte Arbeitsleistung im Betriebe entsprochen werden. Das Ergebnis ist eine Steigerung des allgemeinen Erträgnisses auf 22 455 025 M. (v. H. 13 810 490 M.), während sich die Gesamtunkosten auf 15 413 491 M. (9 301 992 M.) vermehrten. Da diesmal für Abschreibungen nicht weniger als 4 502 203 M. (619 194 M.) gefordert werden, so stellt sich einschließlich des Vortrages von 238 822 M. (92 355 M.) der Reingewinn nur auf 2 778 063 Mark (3 907 667 M.). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß vorher der Spezialreservefonds auf 500 000 M. erhöht, einem Arbeiterunterstützungsfonds 600 000 M. überwiesen und zur Errichtung eines Werkunterhaltungskontos 2 000 000 M. verwendet wurden, wogegen im Vorjahre 2 000 000 M. für Erneuerung und 300 000 M. für den Spezialreservefonds von dem Reingewinn geführt wurden. Wie schon mitgeteilt, sollen die Vorzugsaktien 7 Prozent und die Stammaktien 12 Prozent (wie i. V.) Dividende und 20 Prozent (10 Proz.) Bonus erhalten. Der Vortrag erhöht sich demnach auf 332 563 M. An dem Erträgnis nimmt das erhöhte Aktienkapital von 8 150 000 Mark in voller Höhe teil. Laut Bilanz hat sich infolge der Kapitalserhöhung der Reservefonds auf 5 555 368 M. (399 972 Mark) verstärkt. Die Kreditoren einschließlich Steuerrücklagen belaufen sich auf 11 020 388 M. (9 745 125 M.) Akzeptverpflichtungen (i. V. 106 050 M.) sind nicht mehr vorhanden. Auf der anderen Seite werden ausgewiesen Debitoren 18 668 976 Mark (12 815 710 M.), Bestände 13 870 061 M. (6 004 232 M.) und Wertpapiere 132 835 M. (132 406 M.). Ueber die Aussichten wird bemerkt, daß der Bedarf, der nur vorübergehend gegen Ende des Jahres nachgelassen hatte, erneut wieder eingesetzt hat und daß Aufträge und daher Beschäftigung für viele Monate gesichert sind.

Leipziger Baumwollspinnerei. Die Dividende wird mit 25 Prozent (i. V. 20 Prozent) vorgeschlagen neben einem Bonus von 10 Prozent (i. V. 5 Prozent).

Deutsche Jute-Spinnerei und Weberei in Meißen. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 600 000 M. Die neuen Aktien sollen lediglich zur Ablegung der noch bestehenden Gründerrechte Verwendung finden, so daß ein Bezugsrecht der Aktionäre nicht in Frage kommt.

Zu den Vorgängen in der Sarotti-A.-G. Die Sarotti-A.-G. ist bekanntlich aus der Firma Hoffmann u. Liebe hervorgegangen. Der Sohn des Gründers, Herr Max Hoffmann, der erst vor kurzem das Jubiläum seiner 25jährigen Tätigkeit in der Gesellschaft begehen konnte und seit langen Jahren als Generaldirektor Leiter des Unternehmens gewesen ist, hat jetzt überraschenderweise seine Entlassung genommen. Die Versuche, ihn zum Verbleiben in seiner Stellung zu bewegen, sind endgültig gescheitert. Ueber die Gründe seines Beschlusses hört man, daß den Generaldirektor die Entwicklung nicht mehr befriedigt hat, welche die Verhältnisse der Gesellschaft genommen haben. Ein Ausländer besitzt die Mehrheit der Aktien. Dieser Herr hat sich jetzt in den Vorstand berufen lassen. Herr Hoffmann glaubt nach dem Vorgehen der fremdländischen Gruppe nicht mehr die Gewähr zu haben, daß die Interessen der übrigen Aktionäre in genügend sachlicher Weise berücksichtigung finden. Seine Bedenken haben sich verstärkt durch die Art und Weise, in welcher die Uebernahme der Großschen Schokoladenfabrik zustande gekommen ist. Wie der „Deutsche Handelsdienst" hört, trägt sich Herr Hoffmann mit dem Gedanken, ein eigenes Unternehmen zu begründen.

Neue Aktiengesellschaften. In Arnstadt wurde unter der Firma Alfred Krebs u. Co. Aktiengesellschaft eine neue Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 1 Mill. Mark gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Wäsche und Schürzen und der Handel mit Wäsche und Schürzen sowie sonstigen Textilwaren. Die Gesellschaft ist weiter berechtigt, 1. Fabrikanlagen und Geschäfte zu erwerben, neu zu errichten oder zu verkaufen sowie den im Interesse ihres Betriebes oder dessen Erweiterung erforderlichen Grundbesitz anzukaufen und ihn auch wieder zu veräußern; 2. an Firmen und Geschäften, die die Herstellung von Wäsche und Schürzen sowie Textilwaren oder den Handel mit diesen betreiben, sich in irgendeiner Form zu beteiligen oder Betriebsgemeinschaftsverträge mit ihnen abzuschließen.

Handel

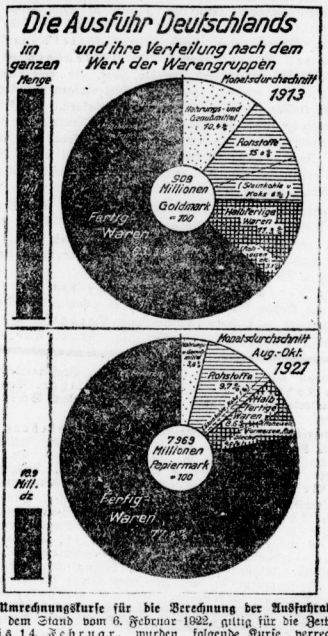
Der Außenhandel

Nach den vorläufigen Feststellungen des Statistischen Reichsamts über die Ergebnisse des deutschen Außenhandels im Dezember 1921 hat im Spezialhandel betragen: Die Einfuhr 20,9 Millionen Doppelzentner im Werte von 18,7 Milliarden Mark, die Ausfuhr 19,8 Millionen Doppelzentner im Werte von 14,6 Milliarden Mark. Die Einfuhrmenge ist somit im Vergleich zum Vormonat um 3,4 Millionen Doppelzentner oder 17,4 v. H. zurückgegangen; die Ausfuhrmenge weist nach einem Rückgang im November wieder eine Steigerung um 0,2 Millionen Doppelzentner oder 1,0 v. H. auf. Dem Werte nach hat sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr zugenommen, die Einfuhr um 1,4 Milliarden Mark oder 11,4 v. H., die Ausfuhr um 2,7 Milliarden Mark oder 22,7 v. H.

Nachdem sich der Einfuhrüberschuß im November bereits auf 0,4 Milliarden Mark gegenüber 4,2 Milliarden Mark im Oktober verringert hatte, ist im Dezember, in erster Linie infolge des weiteren Rückganges der Nahrungsmitteleinfuhr, ein Ausfuhrüberschuß von 0,9 Milliarden Mark eingetreten.

Trotzdem weist die deutsche Handelsbilanz im Jahre 1921 eine starke Passivität auf. Denn für die Monate Mai bis Dezember (für Januar bis April liegen die Zahlen noch nicht vollständig vor) beträgt der Einfuhrüberschuß 12,1 Milliarden Mark.

Die graphische Darstellung über die Ausfuhr Deutschlands ist nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes hergestellt und der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik" (Verlag Reimar Hobbing) entnommen. Sie zeigt klar die starke Verschiebung zu Gunsten der Fertigwaren (Ausverkauf), zugleich aber auch im Stäbchendiagramm den ungeheuren Rückgang gegenüber 1913.



Umrechnungskurse für die Berechnung der Ausfuhrabgabe. Nach dem Stand vom 6. Februar 1922, gültig für die Zeit vom 8 bis 14. Februar, wurden folgende Kurse verrechnet: Holland 6100, Buenos Aires Papier 58, da Gold 140, Belgien 1400, Norwegen 2700, Dänemark 3400, Schweden 4200, Finnland 330, Italien 760, England 710, Amerika 170, Paris 1400, Schweiz 3200, Spanien 2500, Neunten 6, Prag 320, Budapest 25, Bulgarien 110. Ueber London ermittelte Kurse: Athen 710, Lissabon 1300, Alexandrien 700, Yokohama 7000, Rio de Janeiro 2100.

Preiserhöhung für Kupferbleche. Der Kupferblechverband in Kassel erhöhte den Verkaufsgrundpreis für Kupferbleche auf 5800 Mark für 100 Kilo. Gleichzeitig wurden die Ueberpreise um 100 Prozent erhöht.

Erhöhung der Achsenpreise. Der Verband deutscher Patentachsenmerke und der Verband deutscher Achsenwerke geben die Erhöhung der Achsenpreise um ca. 13—25 Prozent, je nach Sorte, mit sofortiger Wirkung bekannt.

Geldmarkt und Banken

Keine Unterbrechung der Berliner Börse. Der Berliner Börsenvorstand hat in seiner Sitzung vom Dienstag vormittag beschlossen, vorläufig trotz der großen Verkehrshindernisse von einer Schließung der Börse abzusehen.

Spar- und Vorschuß-Verein Leipzig-Reudnitz. Eine außerordentliche Generalversammlung soll Beschluß fassen über die Angliederung des Unternehmens an ein anderes Geldinstitut.

w. **Die Danziger Creditanstalt, Aktiengesellschaft,** die, wie schon bekannt, von Danziger Handelskreisen unter führender Mitwirkung der Dresdner Bank gegründet worden ist, hat ihr Kapital auf 80 Millionen Reichsmark erhöht und eröffnet nunmehr ihren Geschäftsbetrieb in dem Gebäude des auf die Dresdner Bank übergegangenen Bankhauses Meyer u. Gelhorn.

Börsenberichte

Bezugsrechte am 7. Februar: A.-G. für Bauausführung 40 b. Elektra 45 b. G. Rauchmaren Walter 1840 b. Aktermerke 67 Halberstadt-Blankenburg 40 b. G. Nordhausen-Wernigerode —. Sächs.-Thür. Zement 190 b. Riedel 325 b.

Produktenbericht. Berlin, 8. Februar. Da in Händlerkreisen am Produktenmarkte mit einer längeren Nachwirkung des nun beendeten Eisenbahnerausstandes auf die allgemeinen Verkehrsverhältnisse gerechnet wird, blieb die geschäftliche Zurückhaltung bestehen, sodaß es nicht zu nennenswerten Umsätzen kam. Zudem lauteten die Forderungen von auswärts zum Teil noch recht hoch, man hatte aber hier keine Lust, sie zu bewilligen. Das war sowohl in Weizen wie in Roggen der Fall. Für Gerste traten die Brauereien wieder als Käufer auf, und für Hafer war das Angebot bei höheren Forderungen reichlich. Die Kaufneigung war aber gering. In Mehl ist die Geschäftslage unverändert, ebenso wie die Nachfrage nach Futterstoffen, Hülsenfrüchten und ähnlichen Artikeln leidlich blieb.

Berliner Produktenmarktpreise.

Berlin, 8. Februar.

Amtliche Notierungen **für 1 Zentner** ab Station.

Weizen, märk. 430—432, pomm. 425—430, schles. 427—430, mecklenburgischer 428—432, ruhig.
Roggen, märk. 325—328, pomm. 322—325, schles. —, ruhig.
Wintergerste —, Sommergerste 372—377, ruhig.
Hafer, märk. 325—328, pomm 312—315, schles. 310—312, ruhig.
Mais, la Plata ohne Prov.-Ang. prompt 325, Febr.—März 316—320, ab Hamburg, behauptet.
Weizenmehl 1100—1180, feinstes darüber, Roggenmehl 890—940, behauptet (je 2 Z.).
Weizenkleie 230—235, fest. Roggenkleie 233—235, fest.
Raps, 740—760, behauptet. Leinsaat. —.

Victoriaerbsen	500—535	Lupinen, blaue	310—340
Kleine Speiseerbsen	390—430	Lupinen, gelbe	400—440
Futtererbsen	350—360	Serradella, neue	325—350
Peluschken	410—440	Rapskuchen	315—320
Ackerbohnen	360—370	Leinkuchen	440—460
Wicken	550—580	Trockenschnitzel	230—250

Nichtamtliche Rauhfutter-Notierungen Großhandelspreise.
Weizen- und Roggenstroh drahtgepreßt 43—46.
Haferstroh drahtgepreßt 45—48. Stroh seilgebündelt —.
Wiesenheu, gut, gesund und trocken, 118—130. gesund und trocken (Nachmahd) 98—110. Kleeheu —.—.

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 8 Februar. Preise für 100 kg in Mark.

Raffinade-Kupfer	99—99,8 %	Zinn (Banca-Straits-Australi	
	5500 5525		13600 13800
Orig.-Hütt.-Weichblei	1900 1950	Hüttenzinn 98%	13300 13400
Orig.-Hütten-Rohzink		Reinnickel (98-99%)	12000 12200
im freien Verkehr	2125/2150	Antimon (Regulus)	2000 2020
Remelted-Platt.-Zink	1650/1700	Silber in Barren, ca 900	
Orig.-Hütten-Aluminium	98-99%	für 1 kg	3700 3725
	8500	Elektrolytkupfer	5700 5725
Orig.-Hütten-Aluminium in Walzdraht od. Drahtbr.	8700	Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte	—
		Preis des Zinkhüttenverb.	2125

Devisen-Notierungen

Berlin, 8 Februar.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amstd.-Rotdd.	7417,55	7432,45	New-York	198,30	199,70
Buenos Aires	7115,—	7135,—	Paris	1691,30	1698,70
Brüss.-Antwerp.	1623,35	1624,15	Schweiz	3888,60	3906,40
Christiania	3251,70	3258,30	Spanien	3096,90	3110,10
Kopenhagen	4055,90	4064,10	Oesterr. abgest	6,43	6,47
Stockholm	5184,80	5195,20	Prag	576,10	577,90
Helsingfors	369,40	390,40	Budapest	39,46,—	39,54,—
Italien	954,—	956,—	Bulgarien	131,35	131,65
London	836,60	838,40	Poln. Mark	6,02	—,—

Berliner Börse.

8. Februar.

Industrie-Aktien:			
Akt. f. Anilin	565,—	Kyffhäuserhütte	740,—
Alexanderwerk	550,—	Lahmeyer u. Co.	415,—
Allgem. Elektr.-Ges.	695 —	Lauchhammer	375,—
Ammendorfer Papierf.	2540,	Laurahütte	170,
Anhalter Kohlenwerke	900,	Leipz. Plan Zimmermann	730,—
Annaburger Steingut	—,—	Leipziger Werkzeug	720,
Augsburg-Nürnb. Masch.	900,—	Leopoldsgrube	800,—
Badische Anilin	980,—	Leopoldshall chem. Fabr.	1050,
Baroper Walzwerk	1020,	Lingel Schuhfabr.	840,—
Bergmann Elekt.-Akt.	1960,	Linke & Hofmann	561,
Berger Tiefbau	788,—	Luther Maschinen	1340,
Berlin-Anhalt Masch	671,—	Lothringer Hütte	860,—
Berlin-Gub. Hutfabrik	920,0,	Ludwig Löwe u. Co	970,—
Berl. Masch.-Bau	1060,	Magdeb. Allg. Gas-Ges.	—,—
Bismarckhütte	—,—	Magdeburger Bergwerk	1300,
Bing Werke	660,—	Magdeburger Mühlen	742,—
Braunk.- u. Brik.-Ind.	947,—	Mannesmannröhren	1460,
Breslauer Spritf	—,—	Maschinenfabr. Buckau	—,—
Buderus Eisenwerke	860,—	Maschinenfabr. Kappel	1195,
Bochumer Gußstahl	1075,	Mech. Sorau	1000,
Chem Fabrik Buckau	1060,	Mehltener Tülfabrik	880,—
Chem Griesheim	725,—	Moenus u. Eisenb. Red	1010,
Chem. v Heyden	80,—	Oberschl. Caro Reg.	1050,—
Concordia Bergbau	1875,	Oberschl. Kokswerke	1860,
Conservenfabrik	2250,	Orenstein u. Koppel	1081,—
Cröllwitzer Papierfabr.	1175,	Phönix-Bergb.	880,—
Daimler-Motoren	11,—	Plauener Gardinen	1,00
Dessauer Gas	815,—	Plauener Tüll	710,—
Deutsche Kabelwerke	860,—	Pintsch A.-G.	1050
Deutsch-Luxemb. Bergw.	850 —	Rauchwaren Walter	1840,
Deutsche Erdöl	1080,	Rhein Metallwaren	—,—
Deutsche Gußstahl	560,—	Rhein Stahlwerke	1137
Deutsche Kali	1620,	Riebeck Montan	—,—
Deutsche Waff. u. Mun.	1285,	Rombacher Hütten	775,—
Donnersmarckhütte	1201,	Rositzer Braunk.	—,—
Dürkoppwerke	869,—	Rositzer Zucker	1420,
Dynamit Nobel	715,—	Sachsenwerk	840,—
Eisenburger Kattun	1520,—	Sauerbrey Maschinen	—,—
Elektrizität Braunkohlen	1580,	Schimmel Fuge u. Co.	980,—
Elberfelder Farben	884,—	Schönebeck Metall	—,—
Engelhard Brauerei	1125,	Schubert & Salzer	—,—
Felten u. Guilleaume	1015,	Schwartzkopff	690,—
Friedrichshall Kali	1629,	Schulz jun. Fritz	840,—
Fröbeln Zucker	1346,	Siemens & Halske	980,—
Gasmotoren Deutz	735,	Stahl & Völker	1040,
Gebhardt u. Co.	605,—	Stettiner Chamotte	1000,—
Geisweid. Eisen	—,—	Stettiner Vulkan	1380,
Gelsenkirch. Bergwerk	895,—	Stöhr Kammgarn	2030,
Glanzstoff Zuckerfbr.	1840,	Stollwerck Zucker	1120,
Th. Goldschmidt	11,3	„Terra", Samen-A.-G	—,—
Görlitzer Waggon	880,—	Thale Eisenhütte	420
Goltzer Waggon	1 0,	Thür. Bleiweißfabrik	1140,
Hallesche Masch.-Fabr.	2 00,	Thür. Salinen	—,—
Hann. Masch.	2800,	Tittel & Krüger	1280
Hann. Waggon	1950,	Tronit-Porzellan	795,—
Harmener Bergw.	1613,	Tülfabrik Flöha	—,—
Hartmann Maschinen	883 —	Türkische Tabakregie	2400,
Hasper Eisen	—,—	Ver. Köln-Rottweiler	830 —
Hirsch Kupfer	736 —	Ver. Glanzstoff Elberf.	3,40,
Höchster Farbw.	884 50	Ver. Gothaniawerke	—,—
Hoesch Eisen u. Stahl	1200,	Ver. Thür. Metall	1040,
Hohenlohe-Werke	365 —	Voigt. Maschinen	815,—
Humboldt Masch.	660 —	Wanderwerke	1440,
L. Hupfeld & Co.	632 —	Wegelin u. Hübner	770,—
Ilse-Bergbau	1068,	Wernshaus. Kammgarn	1740,
J. A. John	245 —	Werner, Weissenf. Brk.	1750,
Kahla-Porzellan	2570	Westeregeln Alkali	2825,
Kaliw. Aschersleben	970 —	Wissner Metall	2175
Kirchner & Co.	1872,	Wittener Gußstahl	—,—
Königsborn Bergw.	—,—	Wrede-Mälzerei	860 —
Königzell Porz.	1180,	Zeitzer Masch.	2400,
Korbind. Zucker-Akt.	1530,	Zeitstoff Waldhof	—,—
Gebr. Körting	700 —	Zimmermann W.	835,—
Kruschwitzer Zucker	689,—	Otavi-Minen	700,—

Leipziger Notierungen

Leipzig, 8. Februar.

Chemnitzer Bank-verein	300,—	Leipziger Malzfabrik	570,—
		Mansfelder Kuxe	394,—
Leipziger Hypotheken-Bank	175,—	Oelsnitzer Kuxe	3450,—
		Pittler, Leipzig	780,—
Mitteldeutsche Privatbank	—,—	Prehlitzer Stamm-A	—,—
Cröllwitzer Papier	1100,—	„ Prioritäts-Akt.	—,—
Glauzigzu Zuckerfbr.	1860,—	Riebeckbler „	700,—
Gr. Leipziger Straßenbahn	5,—	do. Vorzugsaktien	128,—
Hallesche Zuckerraff.	1012,—	Rositzer Zuckerfabr.	1100,—
Portland-Zement	—,—	Rudelsburzer Zementfabrik	715,—
Hugo Schneider, Paunsdorf	700,—	Sachsenwerk	551,—
		Sondermann & Stier	465,—
Körbisdorfer Zukerf.	1780,—	Stöhr & Co.	2650,—
Leipziger Kammgarnspinnerei	1015.—	Zimmermann, Halle	540,—
		Zimmermann, Chemnitz	504,—

Stadtschützenhaus
Heute Donnerstag
Schlachtefest!

Geschäftsleiter: Helmut Bottcher
Verantwortlich für Politik: Helmut Bottcher; für politische Nachrichten: Franz Reitzenstein; für Wirtschaftspolitik: Hermann Dolf; für Kommunalpolitik, lokale Nachrichten und Sport: Hans Heitzig; für die Rubriken Kunst, Wissenschaft und Literatur: Hans, sowie den übrigen redaktionellen Teil: Alfred Geilheim; — für den Anzeigenteil: Paul Kerkes, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Berlin der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192202091-16/fragment/page=0004